

Exkurs: (Renten-)Ökonomie für Dummies

Die deutsche Wirtschaft liegt darnieder. Seit sechs (!) Jahren kein Wachstum – von 2019 bis 2025 ein reales BIP-Wachstum von insgesamt 0,3%. Die Produktivität wächst in diesem Zeitraum um jämmerliche 0,3% pro Jahr – im langjährigen Mittel (1991 bis 2020) waren das 1,2% pro Jahr. Die Investitionsquoten sind auf historisch niedrigen Ständen. In den Jahren 2024 und 2025 waren die Abschreibungen in Deutschland höher als die Investitionen. Das bedeutet, die Wirtschaft zehrt von der Substanz! ⁽³⁴⁾

Die Arbeitslosigkeit ist hoch und steigt auf drei Millionen. Die Zahl offener Stellen ist niedrig und sinkt auf 650.000. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen erreicht wieder Werte wie vor 10 Jahren. Nach DIHK-Befragung erwogen bereits 2023 vier von zehn Unternehmen wegen hoher Energiekosten, ins Ausland abzuwandern oder ihren Betrieb in Deutschland zu verkleinern.

Die unfassbar einfache Lösung aus diesem Dilemma hat die Bundesregierung endlich gefunden. Es muss in Deutschland mehr gearbeitet werden!

Und wer muss mehr arbeiten? „Machen wir es konkret“ kündigt CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann bei Caren Mioska am 25. Mai 2025 an: die Alten sollen gefälligst länger arbeiten! Später in Rente gehen oder als Rentner noch weiterarbeiten. In der Sendung sprang Moritz Schularick, Präsident des „Kiel Instituts für Weltwirtschaft“, dem „konkret“ werdenden Linnemann bei und präsentierte eine unglaubliche Rechnung:

Die Menschen in Polen arbeiten 30 Prozent mehr als die Deutschen. Würden wir alle 30 Prozent mehr arbeiten stiege das Bruttoinlandsprodukt glatt von 4,5 Billionen auf 6 Billionen Euro!

Der höchstbezahlte Mensch beherrscht die Dreisatzrechnung. Es ist schwer vorstellbar, dass Schularick diesen unterkomplexen Unsinn auch wirklich selbst glaubt. Es ist eher Teil von billiger Propaganda, mit der davon abgelenkt werden soll, dass die Ökonomenzunft keine Lösung für die Krise anzubieten hat.

In dieser Situation, der längsten Wirtschaftskrise seit Gründung der BRD, mehr und längere Arbeit zu fordern, ist das volkswirtschaftlich dümmste Rezept. Damit würde die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen. Die Anreize, mit Investitionen und Innovationen die Produktivität wieder zu erhöhen, würde weiter gedämpft. Und die Frage, wer denn, bitteschön die mehr erzeugten Waren und angebotenen Dienstleistungen kaufen sollte, bleibt unbeantwortet. Vor allem wenn als Begleitmusik der konsumorientierte Sozialetat (die „Hängematte“) gekürzt werden soll.

Welche Märkte könnten das Mehrprodukt der Arbeit dann aufnehmen? Das Ausland wird nicht weiter den Schuldner (mit Leistungsbilanzdefiziten) spielen wollen. Das „Wunder“ der deutschen Exportweltmeisterschaft geht seinem Ende entgegen. Die Trumpschen Zölle machen das sehr deutlich ⁽³⁵⁾.

Bleibt am Ende die Lösung, die von einigen Ökonomen, allen voran von Moritz Schularick, propagiert wird?

„Wenn wir in Deutschland wirklich 80 Milliarden Euro pro Jahr für Verteidigung in die Hand nehmen, dann ist das ein konjunktureller Faktor in einer Wirtschaft, die momentan schwächelt. Wir haben da Wachstumsperspektiven, wenn wir dieses Geld richtig ausgeben.“ (FOCUS, 23.02.25)

Aus den 80 Milliarden sind seit dem NATO-Gipfel im Juni 2025 über 200 Milliarden Euro geworden. Ab wann spricht man eigentlich von Kriegswirtschaft? Expansion der Wirtschaft durch totes, besser gesagt todbringendes, Kapital? Das wäre dann die finale Lösung aller unserer Probleme.

„Sparer bremsen Wachstum“...

Die Vertreter der radikalen Kontrareform (Rezept: Schwächung der umlagefinanzierten und dafür Ausbau der kapitalmarktabhängigen Renten) streben im ersten Schritt eine Abgabe von 4% der Bruttoeinkommen zwecks Kapitalanlage an. Das ergäbe dann pro Jahr ein Sparvolumen von etwa 80 Milliarden Euro. Geld, dass dem Konsum entzogen würde und damit die Nachfrageseite im Wirtschaftskreislauf nachhaltig weiter schwächt. Das stört die angeblich Sachverständigen der Bundesregierung (die vier Wirtschaftsweisen, den fünften, Achim Truger, kann man da ausnehmen) nicht weiter. Die mittlerweile seit sechs Jahren anhaltende Stagnation der Wirtschaftsentwicklung wollen sie mit Senkung der Sozialhaushalte, und damit weiteren Nachfrageausfällen, begegnen.

Die Schlagzeilen im Handelsblatt vom 12. November 2025 hätten als eiskalte Dusche zu der öffentlichen Propaganda für Altersvorsorgefonds wirken müssen:

„Konjunkturblockade – Europa spart zu viel“ und „Sparer bremsen Wachstum“.

Angesichts der vom Statistikamt Eurostat berechneten Rekord-Sparquote von 15,45% (Deutschland nimmt mit über 19% die Spitzenposition ein) im Euro-Raum, wird festgestellt:

„Europäische Haushalte sparen zu viel und konsumieren zu wenig, trotz wieder gestiegener Reallöhne und sinkenden Zinsen – ein Umstand, der Experten und Ökonomen umtreibt.“

Wirklich? In Deutschland treibt das nichts und niemanden um. Jedenfalls nicht in der Presse, öffentlichen Talk Shows oder im Parlament.

Schon im Handelsblatt des gleichen Tages wird vom Chefreporter für Geldanlage und Märkte der Zeitung, Markus Hinterberger, unter der Überschrift

„Auf die Meisterschaft im Sparen sollten wir nicht stolz sein“, geschrieben:

„Beginnt nun jede oder jeder Einzelne in diesem Land, nur einen Teil seines Geldes am Aktienmarkt zu investieren, hat dies zunächst zwei positive Effekte: Der Wert unserer Ersparnisse bleibt erhalten, und wir schaffen es, uns die Rente anzusparen, die uns der Staat nicht mehr bieten kann. Aber nicht nur deswegen ist es an der Zeit, von Sparern zu Anlegern zu werden. Aktionäre stellen Unternehmen das notwendige Kapital zur Verfügung, um ihrerseits zu investieren.“

Das als Quintessenz zu dem Artikel über die eklatante Konsumschwäche zu kommentieren, hat schon etwas von einer Wahrnehmungsstörung. „Sparen“ und „Anlegen“ führen nun mal gleichermaßen zum Nachfrageausfall. Und Aktionäre stellen Unternehmen nur einmal Kapital zur Verfügung, nämlich beim ersten Börsengang. Die wundersamen Kursrallys bringen den Unternehmen im weiteren Verlauf kein neues Kapital. Wäre das so, hätten die Kurssteigerungen z.B. der DAX-Aktien von 80% in den letzten sechs Jahren zu enormer Investitionstätigkeit geführt. Dagegen ist nach OECD-Daten die Investitionsquote in dem Zeitraum aber um fast 10% gesunken.

Hätte der Handelsblattautor seinen Kommentar als Schüler im Fach WiPo als Besinnungsaufsatz zum „Konjunkturblockade“-Artikel abgeliefert, hätte er eine Benotung „ungenügend – Thema verfehlt“ verdient.

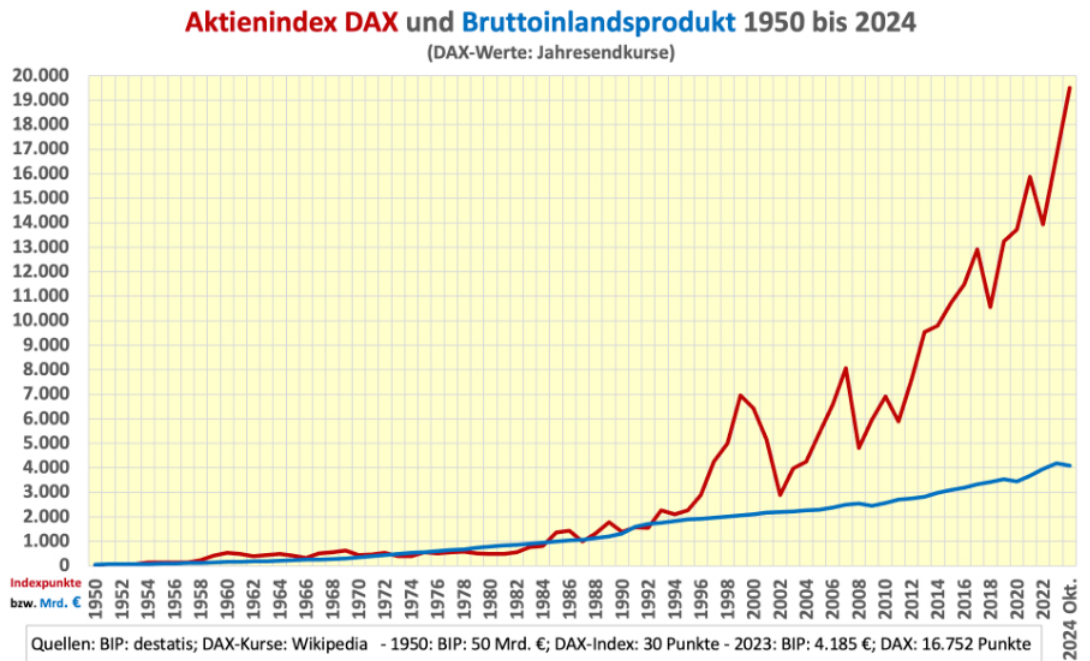
Die richtige Lehre aus der beklagten Konjunkturblockade durch übermäßiges Sparen ist bezüglich der Altenversorgung: Die Konjunktur anzuregen durch Stärkung des Umlageverfahrens – das stärkt die Nachfrage, belebt den Wirtschaftskreislauf, führt zu höheren Investitionen, mehr Arbeit, mehr Einkommen. Oder kurz: zur Prosperität der Wirtschaft und des Wohlstands.

Die weitere Lehre: der Aufbau von Kapitalfonds für eine weit in der Zukunft liegende private Altersversorgung darf nicht aus Steuergeldern gefördert werden. Eine solche Förderung wäre eine unmittelbare Subvention für die Finanzkonzerne mit ungewissem Ausgang für die Sparer. Mit einem Sozialstaat hätte das nichts, aber auch gar nichts zu tun.

Rente die vom Himmel fällt?

Kann das sein? Können die Renditen aus Finanzanlagen dauerhaft und erheblich über den Renditen aus Produktivanlagen liegen? Wäre das so, wäre der Stein der Weisen gefunden, den die Alchemisten jahrhundertlang vergeblich erforschten, um aus Blei Gold zu machen.

Oder wie das Handelsblatt am 18.10.24 titelte: „Geld ohne Arbeit... Der Traum vom Gehalt, das vom Himmel fällt“. Es fällt aber nichts vom Himmel, außer Regen, Schnee und selten mal ein Meteorit. Es geht bei dem Auseinanderlaufen von Papierwerten zu den Werten der realen Wirtschaft um reine Umverteilungsprozesse. Der Treibsatz dazu ist die Spekulation der Vermögenden – dazu gehören auch Rentenfonds. Wohin die Reise ins Unbekannte geht, vermittelt die unten folgende Grafik.



Seit dem Beginn des Paradigmenwechsels zum „Shareholder Value“ Mitte der 1990er Jahre geht es nicht mehr um die langfristige Werthaltigkeit und Entwicklung von Firmenwerten, sondern in der Hauptsache um kurzfristige Kursgewinne. Das führt, neben den Blasenbildungen 2000 (dotcom-Blase) und 2008 (Immobilien-Blase), zu den scheinbar absurden Entwicklungen der letzten Jahre. Die Wirtschaftsleistung bricht ein, sie sinkt die letzten Jahre sogar, aber die Aktienkurse machen dagegen einen Riesensprung. Auch den Börsenexperten gruselt es mittlerweile.

Der treffend so bezeichnete Kasino-Kapitalismus ist wirklich völlig ungeeignet für eine verlässliche Altersversorgung.

Eine lehrreiche Kontroverse im Jahr 1988 (Kaltenbach/Schwarz-Schilling)

Bereits vor 40 Jahren gab es eine aus heutiger Sicht sehr lehrreiche Abwehr gegen Pläne, Teile der Rentenversicherung aus Kapitalfonds zu finanzieren. Die Auseinandersetzung wurde im Handelsblatt dokumentiert und könnte durchaus als

Lehrstück für die heutige Rentendebatte verwendet werden (Hervorhebungen von mir):

„Gegen den Vorschlag des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, Christian Schwarz- Schilling, der gesetzlichen Rentenversicherung über die demographische Hürde nach 2015 durch Bildung eines Kapitalstockes hinwegzuhelfen, hat sich der Direktor der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Helmut Kaltenbach, ausgesprochen. Er wies insbesondere die These Schwarz- Schillings zurück, ein Beitragssatz von über 25% sei unzumutbar.

Schwarz-Schilling hatte vorgeschlagen, bereits 1995 mit der Bildung eines von der Rentenversicherung institutionell getrennten Kapitalstocks zu beginnen...

Kaltenbach dazu: Einen bezifferbaren unzumutbaren Beitrag gebe es nicht. **So erscheine jeder auch noch so hohe Beitrag zumutbar, sofern er dem Erwerbstätigen ein von Jahr zu Jahr real wachsendes Nettoeinkommen lasse.**

Schließlich macht Kaltenbach grundsätzliche Bedenken gegen den Aufbau eines Kapitalstocks geltend. Er folgt dabei der Mackenroth-These, nach der eine Ansammlung von Fonds, **eine Übertragung von Einkommensteilen von Periode zu Periode nicht möglich ist, weil aller Sozialaufwand aus dem Volkseinkommen der laufenden Periode gedeckt werden müsse. Eine verstärkte Kapitalbildung bedeute daher nur eine andere Verwendungsstruktur des Sozialprodukts, nämlich mehr gesamtwirtschaftliche Ersparnis gegen weniger gesamtwirtschaftlichen Konsum.**

Dabei gelte die Aussage Mackenroths, dass jede Erhöhung des Sozialprodukts die Finanzierung der Sozialleistungen erleichtere. Für die Frage, ob die Ansammlung eines Kapitalstocks die Finanzierung der Rentenversicherung nach 2015 erleichtern könne, sei daher ihr Einfluss auf das Wirtschaftswachstum entscheidend. Angesichts des Umfangs der Kapitalzuführungen von durchschnittlich mehr als 70 Mrd. DM über einen Zeitraum von 20 Jahren, die das Ansparziel von Schwarz- Schilling erforderlich machen würde, und des damit verbundenen Konsumnachfrageausfalls, seien hier erhebliche Zweifel angebracht. **Der Nachfrageausfall müsste durch entsprechend erhöhte Investitionen zumindest ausgeglichen werden, um ein Schrumpfen des Sozialprodukts zu verhindern.**

Da aber Investitionsentscheidungen der Unternehmen maßgeblich auch von Absatzerwartungen geprägt seien, sei nicht auszuschließen, dass eine über einen längeren Zeitraum beträchtlich verringerte Konsumnachfrage zu sinkenden Investitionen und letztlich zu einem geringeren Wirtschaftswachstum führe.“
(Handelsblatt, 05.04.1988)

Den Ausführungen von Helmut Kaltenbach kann in allen Punkten nur voll zugestimmt werden. Dagegen ist der Tiefgang der ökonomischen Debatte heute kaum noch in Millimetern auszudrücken. Von den makroökonomischen Zusammenhängen wollen Politik und Medien auch gar nichts wissen. Höhere Kosten sind schlecht für die Wirtschaft, höhere Abgaben der Jüngeren sind ungerecht – das scheint als ökonomisches und moralisches Korsett auszureichen.

Die Belastung der arbeitenden Generation ist bei zusätzlicher privater Vorsorge deutlich höher als bei einer ausschließlich umlagefinanzierten Rente. Wer zahlt denn die Beiträge über die Versorgungsleistungen der aktuellen Rentnergeneration hinaus? Zusätzliche Versicherungsbeiträge von 4%, 6%, oder 8% des Einkommens sind keine Belastung? Wieviel Tonnen Sand sind in die Augen der Bevölkerung gekippt worden, damit die absurde Behauptung, private Vorsorge entlaste die Jungen, so unwidersprochen blieb?